

Newsletter November 2021

Samstag, 6. November 2021, im Landeshaus Kiel, 9.30-17.00 Uhr



Wir glauben, dass die Schule der Zukunft inklusiv, digital und ganztags sein wird.

Das bedeutet:

- Schulen übernehmen Verantwortung für alle ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler und fördern alle individuell.
- Schulen nutzen die Möglichkeiten der Digitalisierung für den Kontakt von Lehrkräften und Schüler*innen untereinander, für den Unterricht und für spannende Projekte.
- Und Schulen werden immer mehr zu Orten, an denen Schüler*innen den ganzen Tag verbringen, mit einem Angebot für Frühstück und Mittagessen, mit bewertungsfreien Freizeitangeboten und mit anderen Raumkonzepten als einem Flur, von dem Klassenräume abgehen.

Wir wollen mit Euch und Expert*innen aus Schulen, Politik und Wissenschaft und Architekt*innen aus Deutschland und Skandinavien diskutieren:

- Wie sieht die Schule der Zukunft aus?
- Welche Ansätze gibt es in Schleswig-Holstein, Hamburg, Skandinavien?

Link zum Programm:

<https://www.spd-fraktion-sh.de/termin/schulederzukunftsh/>

Dort ist auch ein Anmeldeformular. Es sind noch Plätze frei.

Was wir von der Berliner Ampel erwarten



Die Gespräche zur Bildung einer Ampelkoalition im Bund haben begonnen. Sie sind vertraulich, und das ist auch richtig so. In den Wahlprogrammen der potentiellen Koalitionäre ist Bildung ein wichtiges Thema.

Mögliche Entwicklungslinien für die Zukunft der Schule in Deutschland können demnach sein:

1. Die Schule der Zukunft ist baulich und technisch gut ausgestattet. Schulen sollen laut den Grünen starke Orte der Bildung, der Begegnung und der Inspiration sein. Schüler*innen sollen sich wohlfühlen können und sich in der Schule sicher fühlen. Das passt zur Forderung der FDP, einen Prozentpunkt des bestehenden Mehrwertsteueraufkommens zusätzlich in Bildung zu investieren. Auch die SPD will hier weiter investieren und ein Modernisierungsprogramm des Bundes aufsetzen, das sowohl den Sanierungsbedarf der Schulgebäude als auch die digitale Ausstattung umfasst. Alle potenziellen Koalitionspartner haben eine nachhaltige

Verstetigung des Digitalpakts im Programm.

2. An der Schule der Zukunft arbeiten multiprofessionelle Teams. Die SPD will eine Bundesinitiative für Chancengleichheit in der Bildung starten. Durch ein Bundesprogramm für Schulsozialarbeit würden den Kommunen Mittel zur Förderung von Chancenhelfern an jeder Schule bereitgestellt. Auch die Grünen wollen die Schulsozialarbeit ausbauen und flächendeckend als Bestandteil des Ganztags verankern. Die FDP möchte den Schulen mehr Freiheiten geben, das nötige Personal für ihre Angebote auszuwählen und einzustellen.

3. Die Zukunft der Schule findet nicht nur nach klassischem Stundenplan statt. Die FDP wünscht sich modulare Systeme, deren Angebote besser individuell zugeschnitten werden können, mit Unterricht in fächerübergreifenden Projekten. Ganztagschulen sind Lern- und Lebensorte, wo gute Chancen für alle ermöglicht und sichergestellt werden. Ein gutes Ganztagsangebot ist entscheidend für gleiche Chancen – und das muss nach Wunsch der SPD für alle Kinder zur Verfügung stehen. Die Grünen wollen Ganztagsbildung mit Qualitätsstandards umsetzen – mit ausreichenden Fachkräften in multiprofessionellen Teams, anregenden Räumen und Schulhöfen, einem gesunden Mittagessen und einer breit gefächerten Zusammenarbeit mit Vereinen, Musikschulen und anderen Akteur*innen vor Ort.

4. Die Berufliche Bildung muss wieder eine stärkere Rolle spielen. Die SPD hat im Programm einen Pakt für berufsbildende Schulen von Bund, Ländern und Schulträgern zusammen mit den Sozialpartnern vorgesehen. Dabei soll es um die Modernisierung der technischen Ausstattung und eine verbesserte Sicherung des Lehrkräfte-Nachwuchses gehen. Eine Fachkräfteoffensive findet sich im Wahlprogramm der Grünen, dabei geht es auch um faire Ausbildungsvergütungen, Weiterentwicklungsmöglichkeiten und gute Arbeitsbedingungen. Attraktiver werden soll eine Berufsausbildung auch durch die Möglichkeit von Auslandsaufenthalten. Über das Programm ERASMUS+ soll mindestens 10 Prozent der Auszubildenden ein Auslandsaufenthalt ermöglicht werden. Die FDP nennt hier als Zielmarke sogar 20 Prozent und wünscht sich einen bundesweiten Exzellenzwettbewerb für die besten Ideen zur Zukunft der beruflichen Bildung.

5. Das BAföG wird mehr Möglichkeiten schaffen. Die SPD möchte mit dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) in Zukunft wieder mehr junge Erwachsene erreichen. Dafür sollen die Förderansprüche ausgeweitet und eine schrittweise Rückkehr zum Vollzuschuss angestrebt werden. Die Grünen wollen das BAföG neu aufsetzen und zu einer Grundsicherung für alle Studierenden und Auszubildenden umbauen. Der FDP schwebt sogar ein „Midlife-BAföG“ von bis zu 1.000 Euro im Jahr vor. Darüber hinaus soll in einem persönlichen Freiraumkonto unabhängig vom Arbeitgeber das steuer- und abgabenfreie Ansparen für Weiterbildungsangebote und Bildungsauszeiten ermöglicht werden.

Fazit: Wichtig ist, welche konkreten Vorhaben es in einen Koalitionsvertrag schaffen. Eine Zukunftscoalition der Wahlgewinner kann wichtige Impulse setzen, die die Länder aufgreifen müssen, in deren Hoheit die Bildungspolitik liegt. Wichtig ist dabei, dass der Bund bei den großen Herausforderungen nicht nur inhaltliche Impulse setzt, sondern bei deren finanzieller Umsetzung auch nachhaltig hilft.

Landtagsplenum diesmal bildungsfern

Es gibt diesmal nicht allzu viel aus dem Landtag zu berichten. Die Tagesordnung war nicht so bildungslastig wie in den Vormonaten, und aus Zeitmangel wurden dann noch mehrere Tagesordnungspunkte, die Bildung und besonders Kultur betrafen, in den November geschoben. Ob die Prioritäten immer so ganz richtig gesetzt werden, hängt von der Sichtweise ab, aber Themen verschieben ist besser als sie gänzlich abzusetzen.

Hochschule

Studieren ohne Bude geht nicht

Der SSW hat eine Große Anfrage zum studentischen Wohnraum gestellt. Ca. 6 % der rund 65.000 Studierenden in Schleswig-Holstein wohnen nach Angaben der Landesregierung in Wohnheimen und zahlen im Schnitt 240 € pro Monat. Ein genauer Überblick über die 94 % privaten Wohnverhältnisse ist natürlich nicht zu erhalten; die meisten privaten Zimmer und Wohnungen sind aber deutlich teurer als ein Wohnheimzimmer..

Unser hochschulpolitischer Sprecher Prof. Dr. Heiner Dunckel sagte dazu in der Aussprache: „Nach der Sozialerhebung des Studentenwerkes benötigt eine Studentin, ein Student etwa 900 Euro im Monat, knapp 40 Prozent davon gehen für Miete und Nebenkosten drauf. Es bleiben also 540 Euro mtl. oder 18 Euro täglich für alle weiteren Ausgaben des täglichen Bedarfs einschließlich der erforderlichen Bücher, Technik und Lernmaterialien. Die meisten Studierenden sind auf die finanzielle Unterstützung der Eltern und auf Nebenjobs angewiesen. Schon in „normalen Zeiten“ war und ist es für viele nicht einfach, das Studium auch finanziell zu schaffen und eine erste große Herausforderung ist, sich eine bezahlbare Bleibe zu suchen. Unter Corona-Bedingungen ist das nicht besser geworden und vor besonderen Problemen standen die Studienanfänger*innen. Die Studienfinanzierung gestaltete sich besonders schwierig, weil die Möglichkeiten, sich mit den klassischen Studentenjobs etwas nebenher zu verdienen, weitgehend ausfielen.

Die klassischen Formen des Einzelzimmers und der Wohngemeinschaft dominieren weiterhin, wobei es in Zeiten der Distanzlehre ausgesprochen schwierig ist, andere Studierende zu finden, mit denen man eine Wohngemeinschaft gründen kann. Es sei mir erlaubt zu erwähnen, dass die zusätzlichen Mittel gerade auch für studentisches Wohnen erst durch die SPD in den Corona-Nachtragshaushalt gekommen sind. Die finanziellen Mittel sind also vorhanden!

In der Antwort der Landesregierung stellen wir eine gewisse Ratlosigkeit fest: „Gleichwohl ist der Landesregierung bewusst, dass gemeinsam mit den Hochschulen mehr günstiger studentischer Wohnraum geschaffen werden muss.“ Dieses Bewusstsein ist schön und gut, aber ein Konzept dafür, wie günstiger studentischer Wohnraum geschaffen werden kann, ist der Antwort auf die Große Anfrage nicht zu entnehmen. Da knüpft man dann an altbekannte Maßnahmen wie „Wohnen für Hilfe“ an, die mit ein paar Euro bezuschusst werden. In der Antwort der Landesregierung findet sich aber ein Satz, den ich so nicht stehen lassen möchte: „Die vielfältigen Angebote ermöglichen Studierenden mit unterschiedlichen Einkommenssituationen eine passende Unterkunft auf dem Wohnungsmarkt zu finden“. Dem steht ein O-Ton einer Studentin aus Flensburg entgegen: „Hast du niemanden, der dir eine Wohnung unter der Hand mit Vitamin-B vermitteln kann, wird die Wohnungssuche bzw. -besichtigung zur absoluten Dauerbeschäftigung“. Obwohl wir die finanziellen Mittel eingestellt haben, muss leider festgestellt werden, dass Jamaika das selbst gesetzte Ziel, nämlich 650 neue Wohnheimplätze zu schaffen, in dieser Legislatur nicht annähernd erreichen wird. Und selbst wenn diese gebaut worden wären, blieben wir eines der Schlusslichter aller Bundesländer, denn wir bleiben weit hinter dem Bundesdurchschnitt von knapp 10 Prozent der so genannten Unterbringungsquote.“

[Rede von Heiner Dunckel](#)

[Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage des SSW zum studentischen Wohnraum \(Drucksache 19/3308\)](#)

Auch Studierende sollen sich impfen lassen!

Zu zwei Anträgen der AfD und eines früheren AfD-Abgeordneten, an den Hochschulen weiterhin kostenlose Corona-Tests zu ermöglichen, erklärte Heiner Dunckel: „Mein Appell richtet sich an die Erwachsenen: sich impfen lassen! Sie sollten, sie müssen, sie haben sich zu impfen, sofern keine medizinische Indikation dagegensteht. Wir haben außerordentlich wirksame, besser als je zuvor überprüfte und sichere Impfstoffe. Deshalb habe ich wenig Verständnis für Impfskeptiker*innen und Impfgegner*innen, insbesondere unter Studierenden und anderen Menschen an den Hochschulen. Denn diese können sich mehr und besser als andere informieren!

Wer im Schatten von Corona studieren muss und besonders wer unter Covid 19-Bedingungen sein Studium aufnehmen muss, hat es schwer. Wir haben darüber hier schon oft gesprochen. Aber ein Problem haben unsere Studierenden nicht. Sie

alle haben Zugang zu einer vollständigen Impfung, Zugang zu umfassenden Informationen. Die weitaus meisten Studierenden haben das Impfangebot längst angenommen, in vielen Fällen durch die mobilen Impfteams auf den Campus. Selbstverständlich gilt auch für Studierende, dass die Tests immer dann kostenfrei und leicht zugänglich bleiben müssen, wenn sie sich medizinischen Gründen nicht impfen lassen können oder wenn Tests verlangt werden.

Und dann bleiben noch diejenigen übrig, die sich, aus welchen Überlegungen heraus auch immer, gegen eine Impfung entscheiden. Natürlich hat man und frau die Freiheit, sich selbst zu infizieren, aber man und frau hat nicht die Freiheit, andere zu gefährden oder zu infizieren. Es gibt keine Impfpflicht, aber es gibt auch keine Verpflichtung der Gesellschaft, denjenigen, die sich einer Impfung widersetzen, auf alle Zeiten kostenlose Tests zu finanzieren. Das gilt auch für Studierende. Darin vermag ich keine „unbillige Härte“ zu sehen und allemal keinen Angriff auf die Freiheit von Forschung und Lehre.

Die Studierenden haben die Möglichkeit, unerwünschte Folgen wie Ausschlüsse aus Lehrveranstaltungen oder kostenintensive Tests durch eine Impfung abzuwenden. Die Entscheidung, im Regelfall keine kostenlosen Test mehr anzubieten, ist bundeseinheitlich gefallen. Es wäre nicht begründbar, dass Schleswig-Holstein hierbei einen Sonderweg geht und bis zum Ende des ersten Quartals 2022 oder sogar darüber hinaus kostenfreie Test vorhält.

Auch in Schleswig-Holstein können wir die Impfquote noch erhöhen, z.B. in der Altersgruppe zwischen zwölf und achtzehn Jahren und wir müssen auch weiterhin dafür sorgen, dass es keine hohen Zugangsschwellen zu weiteren Impfungen gibt, gerade wenn es um ältere und wenig mobile Menschen geht.

UNSERE NEUESTEN LANDTAGSREDEN UND PRESSEMITTEILUNGEN:

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 01. Oktober 2021

Eltern und Schüler*innen müssen wissen, worauf sie sich konkret und überall verlassen können!

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-10-01-14-12-10-0253/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 13. Oktober 2021

Wir gucken nach vorne: Die Zukunft der Schule in Deutschland

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-10-13-09-58-47-071e/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 20. Oktober 2021

Qualität der Ganztagsbildung gesetzlich sichern

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-10-20-10-08-43-087a/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 25. Oktober 2021

Jamaika fehlt ein konkreter Plan, um Schulen fit für die Zukunft zu machen

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-10-25-10-09-05-4f48/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Hochschule

Landtagsrede von Prof. Dr. Heiner Dunckel vom 27. Oktober 2021

Das Angebot an studentischem Wohnraum ist zu gering

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-10-27-15-26-20-1fdb/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede von Prof. Dr. Heiner Dunckel vom 28. Oktober 2021

Kostenlos und am wirksamsten gegen die Pandemie ist nur die Impfung

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-10-28-16-13-55-01ff/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Unsere Arbeitskreis-Mitglieder



[Martin Habersaat](#)

Vorsitzender, Sprecher für Kulturpolitik, Kirchen und Religionsgemeinschaften



[Prof. Dr. Heiner Dunckel](#)

Sprecher für Hochschule, Wissenschaft, Forschung und
Weiterbildung



[Kirsten Eickhoff-Weber](#)

Sprecherin für Berufliche Bildung



[Bernd Heinemann](#)

Sprecher für Niederdeutsch



[Tobias von Pein](#)

Sprecher für politische Bildung und gegen Rechtsextremismus



[Kai Vogel](#)

Sprecher für Schulpolitik

IMPRESSUM

Dieser Newsletter wird in unregelmäßigen Abständen vom Arbeitskreis Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kultur, Rechtsextremismus und religiöse Angelegenheiten der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag herausgegeben.

Verantwortlich: Dr. Michael Schmidt-Neke, SPD-Landtagsfraktion, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel. Email: m.schmidt-neke@spd.ltsh.de